

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit  
(16. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Andreas Jung (Konstanz), Marie-Luise Dött,  
Michael Brand, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU  
sowie der Abgeordneten Michael Kauch, Horst Meierhofer, Angelika Brunkhorst,  
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 17/11514 –**

### **Die UN-Klimakonferenz in Doha – Globalen Klimaschutz wirksam vorantreiben**

#### **A. Problem**

Der Antrag zielt insbesondere darauf ab, die Bundesregierung aufzufordern,

- in Doha die Grundlage für ein modernes Klimaregime zu schaffen,
- an einem alle großen Emittenten umfassenden, rechtsverbindlichen, internationalen Klimaschutzabkommen für die Zeit ab 2015 weiterzuarbeiten, das die Erderwärmung auf unter 2 Grad Celsius gegenüber vorindustriellem Niveau begrenzt.

#### **B. Lösung**

**Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU  
und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

#### **C. Alternativen**

Keine.

#### **D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand**

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 17/11514 anzunehmen.

Berlin, den 28. November 2012

### **Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

**Eva Bulling-Schröter**  
Vorsitzende und Berichterstatterin

**Andreas Jung (Konstanz)**  
Berichterstatter

**Frank Schwabe**  
Berichterstatter

**Michael Kauch**  
Berichterstatter

**Dr. Hermann E. Ott**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Andreas Jung (Konstanz), Frank Schwabe, Michael Kauch, Eva Bulling-Schröter und Dr. Hermann E. Ott

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/11514** wurde in der 208. Sitzung des Deutschen Bundestages am 22. November 2012 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag zielt insbesondere darauf ab, die Bundesregierung aufzufordern,

- in Doha die Grundlage für ein modernes Klimaregime zu schaffen,
- an einem alle großen Emittenten umfassenden, rechtsverbindlichen, internationalen Klimaschutzabkommen für die Zeit ab 2015 weiterzuarbeiten, das die Erderwärmung auf unter 2 Grad Celsius gegenüber vorindustriellem Niveau begrenzt.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, dem Antrag auf Drucksache 17/11514 zuzustimmen.

Der **Finanzausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/11514 anzunehmen.

Der **Haushaltsausschuss** hat bei Einreichung von Beschlussempfehlung und Bericht noch kein Mitberatungsvotum abgegeben.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/11514 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/11514 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/11514 anzunehmen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/11514 anzunehmen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/11514 anzunehmen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag auf Drucksache 17/11514 in seiner 85. Sitzung am 28. November 2012 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hob hervor, die Szenarien lägen auf dem Tisch. Die Weltbank spreche neuerdings von einer Erwärmung von 4 Grad Celsius, wenn nicht entschieden gehandelt werde. Sowohl die Herausforderung als auch die Langfristziele seien klar. Es gelte, ein international verbindliches Klimaschutzabkommen unter Einbeziehung aller Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer abzuschließen, das dem 2-Grad-Celsius-Ziel gerecht werde und ein ambitioniertes Niveau umsetze. Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP hätten die Erwartungen an Doha im vorliegenden Antrag klar formuliert. Es gehe um den geordneten, unproblematischen, reibungslosen Übergang nach Kyoto. Dieser müsse in Doha formalisiert werden. Es gehe darum, eine Brücke bis zum Jahr 2020, dem Jahr, in dem das Klimaabkommen in Kraft treten solle, zu bauen. Ein ambitioniertes Niveau sei zu erreichen, Umweltintegrität sicherzustellen und es solle nicht mit „heißer Luft“ gehandelt werden. Ferner gehe es um den Fahrplan. In Durban seien Programmvereinbarungen festgelegt worden. Die Verhandlungen zur Umsetzung hätten nur sehr langsam begonnen. Ihnen müsse hohe Priorität eingeräumt werden. Dazu bedürfe es eines konkreten Zeitplanes, wie diese Verhandlungen bis 2015 aussehen sollten, formal und inhaltlich. Weiterhin gehe es um die Minderungszusagen. Staaten, die bisher keine Minderungszusagen gemacht hätten, sollten diese jetzt nachholen und einbringen. Staaten und Staatengruppen hätten Bandbreiten angemeldet. Hier sei darauf hinzuwirken, dass ein Minderungsziel am oberen Ende dieser Bandbreite genannt werde. Die Forderung des Eintretens des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit betreffend Erhöhung auf das 30-Grad-Ziel der Europäischen Union sei ausdrücklich zu unterstützen. Die Finanzierung müsse als vertrauensbildende Maßnahme sichergestellt werden, auch weil eine wichtige Bedeutung zum Fortschritt von Klimawandel und Klimaanpassung hinzukomme. Es gehe zunächst um die Sofortfinanzierung 2010 bis 2012 und vor allem um die Finanzierung bis 2020. Die Bundesregierung müsse mit ihren Partnern sicherstellen, dass die Zusagen eingehalten würden, dass man bis zum Jahr 2020 auf 100 Mrd.

US-Dollar pro Jahr komme. Als ergänzende Maßnahme, nicht als Alternative zu der Verhandlung des Abkommens, gehe es darum, Allianzen zu knüpfen, Vorreiter-Gruppen zu bilden. Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit wolle extra den Klub der erneuerbaren Energien weiter voranbringen. Solche Gruppen gebe es jetzt schon bei einzelnen Themen. Vorstellbar sei auch, dass darüber hinaus eine Gruppe von Staaten unabhängig von einem fertigem Abkommen bereit sei, weiter voranzugehen mit eigenen ambitionierten Regelungen. Klimaschutz sei auch eine wirtschaftliche Chance.

Die **Fraktion der SPD** kritisierte, es habe ein unwürdiges Schauspiel um die Delegationsreise des Ausschusses zur Weltklimakonferenz gegeben. Eine Arbeitsgruppe des Ausschusses werde dies grundsätzlich diskutieren. Offenbar sei nicht allen klar, dass der Deutsche Bundestag Kyoto II ratifizieren müsse. Die Fraktion der SPD werde mit dafür sorgen, dass es eine möglichst schnelle Ratifizierung gebe und ein klares Signal international wahrgenommen werde. Das Dominospiel sei zu beenden. In den letzten Tagen habe man negative Schlagzeilen vernommen: Die Bundesminister Dr. Philipp Rösler und Peter Altmaier belasteten das Klima. Deutschland gefährde den Klimagipfel usw. Jedenfalls trage die Kanzlerin die Verantwortung. Die Kanzlerin habe zahlreiche Klimagipfel besucht und sei mit einem sozialdemokratischen Umweltminister an den Nordpol gefahren. Zu diesem Zeitpunkt habe die Öffentlichkeit ein hohes Interesse an diesem Thema gehabt. Jetzt sei die Bundeskanzlerin offenbar der Auffassung, das Thema bringe nichts mehr. Das sei sicherlich keine gute Entwicklung. Wünschenswert sei, dass der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zwei Positionen in Doha vertrete. Das erste sei die Frage des 30-Prozent-Ziels. Hierzu müsse er sich klar positionieren. Zweitens müsse Deutschland im Hinblick auf die Finanzierung die Zahlen auf den Tisch legen, die zumindest im Haushalt verankert seien.

Die **Fraktion der FDP** hob hervor, sie teile die Einschätzung, dass Ausschussreisen zu UN-Konferenzen ausgesprochen wichtig seien. In Doha müsse das Thema Kyoto II insbesondere Europäer besonders beschäftigen. Es sei von zentraler Bedeutung, dass man die Länder, die Kyoto ratifiziert hätten und noch nicht die Absicht hätten auszusteigen bzw. noch nicht kundgetan hätten, mitzumachen, ins Boot zu holen. Das betreffe insbesondere Russland als große Volkswirtschaft. Kanada sei definitiv ausgeschieden. Japan scheue Verpflichtungen, wolle aber trotzdem am Emissionshandel teilnehmen. Kyoto könne man aber nur ganz oder gar nicht haben. Neuseeland wolle offenkundig Verpflichtungen unter der Klimarahmenkonvention eingehen, jedoch ohne die entsprechenden Überprüfungsmechanismen. Das sei kein gutes Signal. Was die Klimafinanzierung angehe, komme es darauf an, dass man die Zusagen einhalte. Deutschland sei auf einem guten Weg. Man habe 100 Mio. Euro mehr klimarelevante Ausgaben im Bundeshaushalt 2013. Mit diesem Pfund gelte es, auf der Weltklimakonferenz zu wuchern.

Die **Fraktion DIE LINKE.** kritisierte ebenfalls die Ablehnung der Delegationsreise des Ausschusses zur Weltklimakonferenz. Eine Klimakonferenz sei nicht irgendeine Konfe-

renz. Es gehe um das Leben von vielen Millionen Menschen. Im vorliegenden Antrag werde die treibende Kraft und die Vorreiterrolle im Klimaschutz noch einmal beschworen. Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit habe das 30-Prozent-Ziel bekräftigt. Es gebe aber in den Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP ganz große Differenzen. Bei den Klimakonferenzen gehe es um Glaubwürdigkeit und Verantwortung. Es gehe auch darum, dass die Länder eine Vorbildfunktion sähen und sagten: Die Industrieländer handeln! Bei der CO<sub>2</sub>-Reduzierung inclusive der CDM-Gutschriften sei man in der EU bereits bei 20 Prozent. Das heißt in den nächsten acht Jahren müsste nichts mehr reduziert werden. Die Fraktion DIE LINKE. appelliere, jetzt auch das 30-Prozent-Ziel in die Öffentlichkeit zu tragen und dafür zu sorgen, dass Deutschland als Gewicht in der EU das auch proklamiere. Die Aufstockung klimarelevanter Positionen im Bundeshaushalt sei zu hinterfragen. Die Umsiedlung von Militärstandorten werde als klimarelevant eingestuft, was mehr als zweifelhaft sei. Nur bei ernsthaften Taten seien die Länder bereit, den Klimapfad weiter zu gehen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** regte an, deutlich zu machen, dass die Rolle der Parlamente bei der internationalen Gesetzgebung wichtig sei. Abgeordnete müssten den Prozess der internationalen Rechtsetzung begleiten. Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP enthalte sinnvolle Passagen, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit habe auch die Vorlage geliefert. Allerdings werde auch deutlich, an welchen Stellen politische Einflussnahme erfolgt sei und wie wenig man den tatsächlichen Erfordernissen gerecht werde. Zu Beginn werde die Bundesregierung aufgefordert, an einem großen Emitenten umfassenden Abkommen weiterzuarbeiten. Das sei genau die Strategie, die bisher ins Verderben geführt habe. In Kopenhagen sei aufgrund dessen alles geplatzt. Wer weiter eine solche Strategie fahre, nehme es zumindest in Kauf, mit Wirkung 2015 erneut zu scheitern. Deshalb sei man der Überzeugung, dass eine Klimapolitik der unterschiedlichen Geschwindigkeiten erforderlich sei. Dazu werde die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag einbringen, zusammen mit der Fraktion der SPD. Die Unzulänglichkeit werde auch deutlich, wenn man darauf abstelle, dass die globalen Emissionen ihren Zenit spätestens 2020 erreicht haben müssten. Mit dem, was hier vorliege, sei das nicht zu schaffen. Die Fraktion der CDU/CSU habe ausgeführt, das Kyoto-Protokoll sei wichtig, weil es eine Brücke bauen solle zu einem umfassenden Abkommen. Aufbauend auf der eingeschlagenen Politik sei das eine Brücke ins Nichts, weil es ein solches Abkommen nicht geben werde. Im vorliegenden Antrag werde nicht deutlich gemacht, wie wichtig es sei, die überschüssigen Zertifikate nicht in die nächste Verpflichtungsperiode zu übernehmen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 17/11514 anzunehmen.

Berlin, den 28. November 2012

**Andreas Jung (Konstanz)**  
Berichtersteller

**Frank Schwabe**  
Berichtersteller

**Michael Kauch**  
Berichtersteller

**Eva Bulling-Schröter**  
Berichterstellerin

**Dr. Hermann E. Ott**  
Berichtersteller





